

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon zentral 062 835 12 40
Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Eidgenössisches Justiz- und Poli-
zeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

11. Januar 2023

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kantonsregierungen wurden mit Schreiben vom 30. September 2022 eingeladen, zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für diese Gelegenheit und teilt mit, dass er mit der vorgeschlagenen Regelung einverstanden ist.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Im Namen des Regierungsrats

Jean-Pierre Gallati
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Kopie

- cornelia.perler@bj.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
cornelia.perler@bj.admin.ch

Appenzell, 10. November 2022

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. September 2022 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie ist mit dem Abkommen einverstanden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



per Mail (Word und PDF)

Cornelia.perler@bj.admin.ch

Hansueli Reutegger
Regierungsrat
Tel. +41 71 343 63 51
hansueli.reutegger@ar.ch

Herisau, 8. Dezember 2022

CMI 6000.2022-2237

Abkommen zwischen CH/FL über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. September 2022 wurden die Kantonsregierungen vom Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD eingeladen, zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich bis 20. Januar 2023 Stellung zu nehmen. Das Geschäft wurde dem Departement Inneres und Sicherheit zur direkten Erledigung zugewiesen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Das Departement Inneres und Sicherheit befürwortet die Schaffung der Grundlage für den gegenseitigen Austausch der Daten von gesperrten Spielerinnen und Spielern, da das Abkommen der Stärkung des Schutzes der Spielerinnen und Spieler vor exzessivem Geldspiel dient. Insbesondere weil die Spielbanken beider Länder so nahe beieinanderliegen, ist ein grenzüberschreitender Austausch der Daten gesperrter Spielerinnen und Spieler von grosser Bedeutung für einen effizienten und griffigen Sozialschutz. Nur so kann sichergestellt werden, dass die in einem Land gesperrten Personen nicht in Spielbanken auf der anderen Seite der Grenze weiter spielen können. Aus diesen Gründen hat das Departement Inneres und Sicherheit materiell keine Bemerkungen und verzichtet daher auf eine detaillierte Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Hansueli Reutegger, Regierungsrat



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
cornelia.perler@bj.admin.ch

RRB Nr.: 1309/2022
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

14. Dezember 2022

**Vernehmlassung des Bundes: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Unterlagen und die Möglichkeit zur Stellungnahme.

1. Grundsätzliches

Der Kanton Bern ist von der Vorlage indirekt über seine Beteiligung an der Genossenschaft Swisslos betroffen. Swisslos ist bekanntlich ausschliessliche Anbieterin von Grossspielen in der Deutschschweiz und im Tessin.

Der Regierungsrat begrüsst die Kooperation bei der Durchsetzung von Spielsperren zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Lichtenstein zugunsten eines verstärkten Schutzes vor Spielsucht. Für ihn ist vorstellbar, dass der Bund entsprechende Abkommen auch mit den anderen Nachbarstaaten abschliesst.

2. Anträge

2.1 Antrag

Es ist zu prüfen, ob das dezentral von den Veranstaltern gespiesene digitale Register der Spielsperren im Sinne der Verhältnismässigkeit und des Datenschutzes so ausgestaltet werden könnte, dass die Veranstalter nicht dauerhaft Zugriff auf das gesamte Register haben, sondern nur in Bezug auf die konkrete Personenabfrage («Hit/no-hit-Verfahren»).

2.2 Begründung

Der Verhältnismässigkeitsgrundsatz gebietet, dass nur diejenigen Personendaten bearbeitet bzw. zugänglich gemacht werden dürfen, die für die Aufgabenerfüllung (zwingend) erforderlich sind. Bei Spielsperren handelt es sich um besonders schützenswerte Personendaten. Konsequenterweise sollte auch die innerstaatliche Regelung in Artikel 82 BGS überprüft werden.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Christine Häsler
Regierungspräsidentin



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Sicherheitsdirektion
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
- Bildungs- und Kulturdirektion
- Kantonale Datenschutzaufsicht

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement

cornelia.perler@bj.admin.ch

Liestal, 20. Dezember 2022

Vernehmlassung

zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Besten Dank für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung. Wir befürworten das Abkommen, das den Schutz der Spieler/-innen vor exzessivem Geldspiel verstärkt. Personen mit problematischem Spielverhalten lassen sich in der Regel nicht von Landesgrenzen aufhalten. Da gewisse Spielbanken in der Schweiz und in Liechtenstein lediglich 15 – 30 Autofahrminuten voneinander entfernt sind, erfordert ein effizienter Sozialschutz den grenzüberschreitenden Austausch der Daten gesperrter Spieler/-innen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die in einem Land gesperrten Personen nicht in Spielbanken auf der anderen Seite der Grenze weiterspielen können.

Hochachtungsvoll


Kathrin Schweizer
Regierungspräsidentin


Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Per E-Mail an:
cornelia.perler@bj.admin.ch

Basel, 10. Januar 2023

Regierungsratsbeschluss vom 10. Januar 2023

Vernehmlassung zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich

Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. September 2022 hat Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt die Vernehmlassungsvorlage und den erläuternden Bericht zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich unterbreitet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Kanton Basel-Stadt erachtet einen grenzüberschreitenden Austausch der Daten gesperrter Spielerinnen und Spieler als wichtig für einen effizienten Sozialschutz und begrüsst die Vorlage. Wegen der hohen Spielbankendichte in Liechtenstein und der kurzen Distanzen zu den dort ansässigen Spielbanken stellt das Abkommen einen wichtigen Schritt für einen möglichst umfassenden und effizienten Sozialschutz dar.

Im liechtensteinischen Recht sind Spielsperren einzig für Geldspiele der Spielbanken vorgesehen. Diesbezüglich wird im Erläuternden Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens festgehalten (Artikel 3, S. 7), dass die Terminologie im Abkommen so gewählt werden muss, dass auch allfällige künftige Veranstalterinnen und Veranstalter von Online-Geldspielen nach liechtensteinischem Recht vom Abkommen erfasst werden. In dessen Geltungsbereich fallen daher alle «Veranstalterinnen und Veranstalter von Geldspielen». Gemäss Art. 22 Abs. 4 GSG werden zwar die Spielbanken verpflichtet, nebst anderen Spielbanken auch Veranstalterinnen und Veranstalter von Online-Geldspielen über verhängte oder aufgehobene Spielsperren zu informieren. Im Gegensatz zum schweizerischen Recht beinhaltet das liechtensteinische Geldspielgesetz jedoch keine Rechtsgrundlage für das eigenständige Aussprechen von Spielsperren durch andere Veranstalterinnen oder Veranstalter als Spielbanken. Nach schweizerischem Recht sind nicht nur die Spielcasinos, sondern auch die Swisslos und die Loro verpflichtet, gegenüber Spielerinnen und Spielern mit einem exzessiven Spielverhalten Sperren auszusprechen und somit nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung die entsprechenden Daten an die Veranstalterinnen und Veranstalter von Geldspielen im benachbarten Liechtenstein weiterzuleiten. Im umgekehrten Fall

aber beschränkt sich diese Informationspflicht der Veranstalterinnen und Veranstalter von Geldspielen einzig auf von den Spielbanken gesperrte Personen. Diese Lücke im innerstaatlichen Recht des Fürstentums Liechtenstein müsste zunächst geschlossen werden, damit dem Zweck der Vereinbarung vollumfänglich Rechnung getragen werden kann und die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten in beiden Ländern erfüllt sind.

Der Regierungsrat bedankt sich für die Berücksichtigung seiner Stellungnahme. Bei Fragen steht Ihnen Dr. Davide Donati (davide.donati@jsd.bs.ch), Co-Leiter Zentraler Rechtsdienst im Justiz- und Sicherheitsdepartement gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

PAR COURRIEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Courriel : cornelia.perler@bj.admin.ch

Fribourg, le 6 décembre 2022

2022-1255

Accord entre la Confédération suisse et la Principauté du Liechtenstein sur l'échange de données concernant les joueurs frappés d'une mesure d'exclusion liée au domaine des jeux d'argent

Madame la Conseillère fédérale,

Par courrier du 30 septembre dernier, vous nous avez consultés sur le projet cité en titre, et nous vous en remercions.

De manière générale, nous approuvons cet accord, qui a fait l'objet d'un examen préalable au niveau roman par la Conférence romande des membres de gouvernement concernés par les jeux d'argent (CRJA), conjointement avec celui de la prise de position de la Loterie romande (LoRo) à ce sujet.

Suivant l'avis de la LoRo et de la CRJA, nous relevons toutefois que l'échange de données tel que conçu concernant les joueurs exclus de jeu dans le domaine des jeux d'argent n'apporte qu'une amélioration limitée de la protection des mineurs. L'échange de données avec la Principauté du Liechtenstein n'influencera en effet guère le fait que les joueurs exclus continuent de jouer sur des sites de jeux d'argent en ligne opérant illégalement en Suisse, auprès de prestataires de jeux et paris opérant juste de l'autre côté de nos frontières, ou auprès d'opérateurs terrestres illégaux en Suisse. Pour améliorer de manière plus marquée la protection des joueurs, il conviendrait que les autorités de surveillance renforcent et professionnalisent la lutte contre l'offre illégale de jeux d'argent, en particulier les activités illégales sises en Suisse et dès lors susceptibles de poursuites pénales concrètes.

Au surplus, nous formulons les remarques suivantes.

- > **Ad art. 12** : La mise à jour de la liste d'exclusion n'est à ce jour pas satisfaisante, notamment concernant les données des joueurs qui y figurent depuis de nombreuses années, voire s'agissant de la suppression de la liste de certains joueurs. L'information des joueurs par les maisons de jeux concernant l'extension de l'interdiction à la Principauté du Liechtenstein devrait être l'occasion d'une mise à jour des données. Nous appelons donc à compléter le message dans ce sens.
- > **Ad art. 14** : Compte tenu de l'ampleur des travaux informatiques que les opérateurs de jeux d'argent devront mener afin de permettre l'échange de données, et en vue de leur planification, il conviendrait de fournir aux opérateurs un calendrier mentionnant la date d'entrée en vigueur.

Avec ces remarques, nous vous réitérons notre soutien à ce projet d'accord et vous remercions une nouvelle fois de nous avoir consultés.

Nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Olivier Curty, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique

Copie

—

à la Direction de la sécurité, de la justice et du sport, pour elle et le Service de la police du commerce ;
à la Direction de la santé et des affaires sociales, pour elle et le Service du médecin cantonal ;
à la Chancellerie d'Etat.



Le Conseil d'Etat

43-2023

Département fédéral de justice et police
Madame
Elisabeth BAUME-SCHNEIDER
Conseillère fédérale
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Concerne : procédure de consultation concernant l'accord entre la Confédération suisse et la Principauté du Liechtenstein sur l'échange de données concernant les personnes frappées d'une mesure d'exclusion liée au domaine des jeux d'argent

Madame la Conseillère fédérale,

Faisant suite à la consultation ouverte le 30 septembre 2022 auprès des gouvernements cantonaux à propos de l'accord cité sous référence, nous avons l'avantage de vous faire part du positionnement du canton de Genève.

Notre Conseil salue le projet d'accord et le soutient pleinement. Néanmoins, nous saisissons l'opportunité de cette consultation pour faire part de deux préoccupations concrètes liées à la tenue actuelle des registres de mesures d'exclusion, d'une part, et à la lutte contre l'offre illégale de jeux d'autre part. Ces préoccupations sont étroitement liées à nos responsabilités collectives en matière de protection des joueuses et des joueurs contre les risques liés au jeu excessif. Sans prise en considération de ces éléments, l'accord prévu avec le Liechtenstein n'aura que peu d'effet concret.

Tenue des registres

La gestion et la mise à jour des données inscrites sur la liste d'exclusion reste pour l'heure très insatisfaisante. Certaines données datent de près de vingt ans et n'ont subi aucune mise à jour, alors que la situation personnelle des personnes visées a pu évoluer de manière significative, ne serait-ce que sur le plan des données d'état civil ou de l'adresse. La liste peut donc s'avérer un instrument peu efficace, si les données personnelles des personnes exclues sont périmées.

Nous suggérons à cet effet que la mise à jour et l'entretien de ces données soit effectuée simultanément à l'information des joueurs exclus, prévue dans les dispositions transitoires de l'accord (article 12). Cet article pourrait être utilement complété par une précision en ce sens.

Lutte contre le jeu illégal

Selon l'exploitante exclusive des jeux de loterie en Suisse romande, la plupart des personnes figurant sur une liste d'exclusion peuvent sans grande difficulté continuer de s'adonner au jeu sur des sites de jeu opérant illégalement en Suisse ou auprès d'opérateurs de jeux d'argent terrestres illégaux en Suisse. Ces opérateurs illégaux, outre qu'ils ne sont soumis à aucune des contraintes d'affectation des bénéfices contenues dans la loi fédérale sur les jeux d'argent, échappent également à tout contrôle en matière de prévention du jeu excessif et de blanchiment d'argent et présentent ainsi, pour les personnes concernées, une source de risque majeur.

Seule une professionnalisation accrue des autorités chargées de la lutte contre l'offre illégale de jeux d'argent est en mesure d'apporter ici une réponse adéquate. Notre canton s'engagera en faveur de cette professionnalisation dans son domaine de compétence, notamment auprès de l'autorité intercantonale (GESPA). Nous appelons toutefois à un renforcement de ce rôle au sein de la Commission fédérale des maisons de jeux (CFMJ), à qui la loi fédérale attribue la responsabilité de lutter contre les jeux d'argent illégaux conformément à l'article 97, al. 1 lettre c, et dans le cadre des activités de l'organe de coordination conformément à l'article 114, let. b LJAr.

Nous vous remercions pour l'attention que vous porterez aux présentes observations et vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments respectueux.

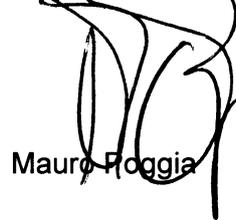
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Rignetti

Le président :



Mauro Foggia

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Justiz- und Poli-
zeidepartement EJPD
3003 Bern

Glarus, 10. Januar 2023
Unsere Ref: 2022-224

**Vernehmlassung i. S. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft
und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend ge-
spernte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich**

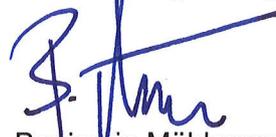
Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement gab uns in eingangs genannter Angele-
genheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen mit, dass wir uns der
Stellungnahme der Interkantonalen Geldspielaufsicht (GESPA) vom 8. Dezember 2022 an-
schliessen.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den
Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat



Benjamin Mühlemann
Landammann



Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):
- cornelia.perler@bj.admin.ch

Frau Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
Per Email an:
Frau Cornelia Perler
Bundesamt für Justiz
cornelia.perler@bj.admin.ch

Bern, 8. Dezember 2022

**Abkommen zwischen der Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein
über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im
Geldspielbereich
Vernehmlassung der interkantonalen Geldspielaufsicht Gespa**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Einladung zur Vernehmlassung und die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Die Gespa begrüsst das Abkommen und die damit verbundene internationale Koordination der Regulierung. Das Abkommen ist stringent und gibt mit Blick auf den materiellen Inhalt keinen Anlass zu Bemerkungen.

Fakt ist jedoch, dass die Bearbeitung der Daten im Schweizer Sperrregister in der Vergangenheit aus verschiedenen Gründen unzulänglich war. Es herrscht unter den involvierten Akteuren Einigkeit, dass das Register beispielsweise hinsichtlich allfälliger Doppelseinträge (z. B. im Zusammenhang mit Wohnortswechseln) oder dem Tod von registrierten Personen in der Vergangenheit nicht systematisch geprüft wurde.

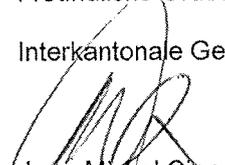
Mithin genügt das Sperrregister heute den allgemeinen datenschutzrechtlichen Anforderungen bezüglich Richtigkeit und Aktualität nicht.

Wir halten es für problematisch, Daten, die aktuellen Standards nicht genügen, grenzüberschreitend zu teilen. Vor diesem Hintergrund regen wir an, dass mit geeigneten Mitteln sichergestellt wird, dass vor dem Datenaustausch und auch künftig eine Bereinigung der Daten erfolgt. Eine entsprechende Verpflichtung der Geldspielanbieter könnte beispielsweise in den Übergangsbestimmungen oder den Erläuterungen dazu vorgesehen werden.

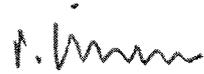
Für die Berücksichtigung unseres Anliegens danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Interkantonale Geldspielaufsicht



Jean-Michel Cina
Präsident



Manuel Richard
Direktor



Sitzung vom

10. Januar 2023

Mitgeteilt den

11. Januar 2023

Protokoll Nr.

6/2023

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Per E-Mail (PDF- und Word-Version) zustellen an:

cornelia.perler@bj.admin.ch

**Vernehmlassung EJPD - Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich
Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. September 2022 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähntem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die uns zugesandte Dokumentation haben wir geprüft. Die Regierung verzichtet auf eine Stellungnahme zur Vorlage des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Da-

ten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, consisting of several fluid, overlapping strokes that form a stylized representation of the name Peter Peyer.

Peter Peyer

A handwritten signature in black ink, consisting of several sharp, angular strokes that form a stylized representation of the name Daniel Spadin.

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral de justice et police
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

cornelia.perler@bj.admin.ch

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 20 décembre 2022

Procédure de consultation relative à l'Accord entre la Confédération suisse et la Principauté de Liechtenstein sur l'échange de données concernant les joueurs frappés d'une mesure d'exclusion liée au domaine des jeux d'argent

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement jurassien a pris connaissance avec intérêt de l'objet cité en titre.

Il salue la conclusion de cet accord entre la Confédération suisse et la Principauté de Liechtenstein. En effet, l'échange de données entre Etats, au sujet des personnes exclues des jeux d'argent, ainsi que la reconnaissance et l'application réciproques des mesures d'exclusion, sont des moyens importants permettant d'endiguer le « tourisme du jeu ».

L'addiction aux jeux d'argent est un phénomène qui dépasse les frontières suisses et liechtensteinoises. Le Gouvernement jurassien tient donc à souligner qu'il serait souhaitable que les autres pays limitrophes de la Suisse s'engagent à suivre cet exemple. La situation géographique, la densité des maisons de jeu ou les dissemblances de législation ne devraient pas entraver la coopération entre Etats voisins.

Enfin, le Gouvernement jurassien relève qu'afin d'assurer le suivi des personnes exclues de jeu par les services spécialisés, ainsi que pour garantir une coordination entre les critères d'exclusion et de levée des exclusions, chaque joueur devrait pouvoir solliciter la levée de son exclusion, ainsi que toute demande de renseignements à son sujet, dans l'Etat dont il est ressortissant.

Pour le reste, le projet d'accord ne suscite aucune remarque et aucun commentaire particulier.

En vous remerciant de l'avoir consulté, le Gouvernement jurassien vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


David Eray
Président




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'Etat



Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
justiz@lu.ch
www.lu.ch

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
Bundesamt für Justiz

per Mail
cornelia.perler@bj.admin.ch

Luzern, 10. Januar 2023

Protokoll-Nr.: 20

Geldspielwesen: Abkommen zwischen CH/FL über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern das neue Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich begrüsst. Wir unterstützen die Zielsetzung des Abkommens, das die Stärkung des Schutzes der Spielerinnen und Spieler vor exzessivem Geldspiel bezweckt. Gerade für die Ostschweizer-Kantone ist dieses Abkommen ein wichtiger Meilenstein im Bereich des Spielerschutzes.

Gemäss Artikel 5 Absatz 3 des Abkommens dürfen bei einer Aufhebung der Spielsperre die Daten der betroffenen Person den Veranstalterinnen und Veranstaltern von Geldspielen des anderen Landes unverzüglich nicht mehr zugänglich sein. Diesbezüglich regen wir an, die im erläuternden Bericht (vgl. S. 8 f.) erwähnte Löschung der Daten ebenfalls in Artikel 5 zu regeln.

Nebst dem gegenseitigen Austausch der Daten von gesperrten Spielerinnen und Spielern regen wir zur Stärkung des Spielerschutzes eine vertiefte grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen an, so z. B. im Bereich des Austausches von Spielerschutzkonzepten, in der Prävention oder in der Schulung des Personals der Anbietenden. Die Problematik, dass gesperrte Spielerinnen und Spieler in Grenzgebieten weiterspielen, ist zudem auch in weiteren Regionen (z.B. Basel / Mulhouse) bekannt. Deshalb sollten auch mit weiteren Grenzgebieten bzw. Ländern entsprechende Lösungen zum stärkeren Schutz der Spielerinnen und Spielern gefunden werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Paul Winiker
Regierungsrat



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Accord entre la Confédération suisse et la Principauté de Liechtenstein sur l'échange de données concernant les joueurs frappés d'une mesure d'exclusion liée au domaine des jeux d'argent.

Madame la conseillère fédérale,

Nous vous remercions de nous avoir associés à la consultation susmentionnée.

Le Canton de Neuchâtel salue l'accord prévu et l'estime utile et nécessaire, tout en apportant quelques remarques.

L'échange de données entre la Confédération suisse et la Principauté de Liechtenstein concernant les joueurs exclus de jeu dans le domaine des jeux d'argent est pertinent, l'exclusion étant un moyen utile et important dans le champ de la protection des joueurs.

L'accord prévu entre la Confédération suisse et la Principauté du Liechtenstein pourrait toutefois être étendu afin d'améliorer encore la protection des joueurs. En effet, les joueurs exclus en Suisse continuent de jouer sur des sites de jeux d'argent en ligne opérant illégalement en Suisse, dans de nombreuses salles de jeu et shop de paris ou maisons de jeu situées dans des pays frontaliers, ainsi qu'auprès d'opérateurs de jeux d'argent terrestres illégaux en Suisse.

Il serait dès lors utile d'étendre cet accord à d'autres pays limitrophes à la Suisse mais aussi que les autorités de surveillance renforcent et professionnalisent la lutte contre l'offre illégale de jeux d'argent.

S'agissant de l'article 12 (Disposition transitoire du projet d'Accord), sa mise en œuvre pourrait permettre une mise à jour et un entretien des données relatives à la liste d'exclusion.

S'agissant de l'article 14 (Entrée en vigueur), il apparaît qu'un calendrier indiquant la date d'entrée en vigueur de l'accord doit être présenté aux opérateurs de jeux d'argent afin que les travaux informatiques nécessaires à l'échange des données puissent être planifiés. En outre, différents documents et procédures internes doivent être adaptés pour mettre en œuvre la modification.

En vous remerciant de nous avoir donné la possibilité de prendre position sur cet objet, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'assurance de notre parfaite considération.

Neuchâtel, le 14 décembre 2022

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. KURTH

La chancelière,
S. DESPLAND



A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Despland", written in a cursive style.



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 29. November 2022

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich. Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. September 2022 haben Sie uns eingeladen, zum Entwurf des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und lassen uns wie folgt vernehmen.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht sind keine relevanten Auswirkungen zu erwarten. Die in Liechtenstein gesperrten Spielerinnen und Spieler, die aufgrund des Abkommens auch bei Schweizer Veranstalterinnen von Geldspielen nicht mehr spielen dürfen, werden in Bezug auf den Bruttospielertrag kaum ins Gewicht fallen. Es sind entsprechend keine Auswirkungen auf die Spielbankenabgabe an die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung zu erwarten. Die in der Schweiz gesperrten Spielerinnen und Spieler, die durch das Abkommen nicht mehr in Liechtenstein spielen können, erfahren einen zusätzlichen Schutz. Unter Umständen kann mit dieser Regelung die Fallzahl von Verschuldungen aufgrund von Spielsucht in den grenznahen Gebieten reduziert werden.

Der Regierungsrat stimmt dem vom Bundesrat vorgeschlagenen Abkommen über den Austausch der Daten von gesperrten Spielerinnen und Spielern zu.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Joe Christen
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:
- cornelia.perler@bj.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1264, VD

Elektronische Zustellung an
Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

cornelia.perler@bj.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Ref. OWSTK.4489
Sarnen, 12. Januar 2023/bp

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

In eingangs erwähnter Angelegenheit haben Sie mit Schreiben vom 30. September 2022 die Kantonsregierungen zur Stellungnahme bis 20. Januar 2023 eingeladen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und teilen Ihnen mit, dass der Kanton Obwalden mit dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich grundsätzlich einverstanden ist. In datenschutzrechtlicher Hinsicht erlauben wir uns folgende Anmerkungen:

Wir begrüssen die Schaffung einer klaren formell-rechtliche Gesetzesgrundlage in diesem Bereich. Dabei ist es wichtig, dass Betroffene diese Grundlagen, die genügend bestimmt formuliert sein müssen, verstehen und damit nachvollziehen können, was mit ihren Daten geschieht, wenn sie die entsprechenden Vorgaben (z.B. für eine Spielsperre) erfüllen.

Im Sinne der Daten- als auch der Informationssicherheit sind verschiedene Vorgaben zwingend zu erfüllen: So müssen Personendaten durch angemessene technische und organisatorische Massnahmen (sog. TOMs) gegen unbefugtes Bearbeiten geschützt werden (Datensicherheit). Nach neuerem, (mit dem Bund und der EU) harmonisiertem Datenschutzrecht müssen alsdann Personendaten auch gegen unbeabsichtigtes Bearbeiten sowie gegen Schaden und Verlust geschützt werden. Nach der Informationssicherheit, die alle Informationen an und für sich (also z.B. auch Sachdaten, die im Persönlichkeitsschutz nicht geschützt sind) schützt, müssen Daten bzw. Informationen verschiedene weitere Grundsätze erfüllen. Dies sind z.B. die Integrität, Vertraulichkeit und Verfügbarkeit – und zwar ungeachtet ihrer Darstellung und Speicherung.

Sehr wichtig bzw. sogar zwingend ist die Erfüllung dieser sicherheitstechnischen Vorgaben vor allem bei der Umsetzung der Sperrung. Es dürfen nur solche Personen gemeldet bzw. im entsprechenden

(wohl noch – vom Bund – zu prüfenden) System eingetragen und dadurch auch für die Spielbanken und Veranstalter von Grossspielen ersichtlich werden, die auch tatsächlich die Sperrvorgaben erfüllen. Weiter muss gewährleistet sein, dass Personen, welche die entsprechenden Vorgaben nicht mehr erfüllen, in zeitlicher und sonst korrekter Art und Weise aus dem System gelöscht werden bzw. als nicht mehr mit einer Spielsperre belegt erscheinen. Das muss nicht zuletzt auch eine korrekte Gewährleistung des Auskunftsrechts betroffener Personen garantieren, die Einsicht in die sie betreffenden Daten erhalten können müssen. Ein einheitlicher Prozess wäre hier sicherlich sinnvoll.

Die technische Umsetzung zum Austausch der Sperrdaten (vor allem Spielsperren) unter den involvierten Spielbanken und Veranstaltern von Grossspielen soll eben diesen freigelassen werden. Dabei müssen erneut die zuvor erwähnten Grundsätze der Daten- und Informationssicherheit eingehalten werden. Dies ist von allen Playern umzusetzen, so dass immer von aktuellen, richtigen, vertraulichen (d.h. dass man als Bearbeiter der Daten darauf vertrauen kann, dass diese korrekt sind) und integren Daten ausgegangen und dadurch somit beispielsweise eine Verwechslung und damit unnötiger Aufwand bzw. allenfalls sogar eine Persönlichkeitsverletzung ausgeschlossen werden kann.

Weiter wird der Grundsatz der Verhältnismässigkeit erwähnt (z.B. S. 10 des Erläuternden Berichts zu Art. 10). Gemäss diesem dürfen nur die zwingend notwendigen Angaben einer Person in einem solchen System erfasst werden, welche wirklich notwendig sind, um diese korrekt identifizieren zu können. Diese Angaben hingegen müssen auch erfasst werden, weil andernfalls Missverständnisse bzw. Fehler entstehen können, wodurch betroffene Personen in ihrer Persönlichkeit verletzt werden könnten. Dies ist klar und bereits durch den Prozess zu vermeiden.

Die in Art. 10 des Abkommens geregelte Löschung ist wie bereits erwähnt ebenfalls ein sehr wichtiger Punkt. Denn nur mit einer korrekten und möglichst umgehenden Löschung, die sich aus einem klar definierten Prozess ergeben soll, kann verhindert werden, dass bestimmte Personen zu lange im System enthalten und somit als gesperrte Spieler/innen ersichtlich wären. Dies gilt es gerade auch zur korrekten Umsetzung der Vorgaben gemäss Art. 5 Abs. 3 des Abkommens zu gewährleisten. Wir gehen davon aus, dass dies entsprechend vorgesehen ist bzw. im System umgesetzt werden wird. Wenn eine Löschung aktiv kommuniziert werden muss, damit alle involvierten Stellen über die entsprechende Anpassung korrekt im Bild sein können, so hat dies dergestalt zu erfolgen. In solchen Fällen genügt nämlich – wie bereits im Erläuternden Bericht auf S. 9 erwähnt – eine blosse Nichtmitteilung nicht, weil mit dieser die Information nicht zwingend überall – wo notwendig – angekommen sein muss.

Für Ihre Kenntnisnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdepartement

Daniel Wyler
Regierungsrat

Zustellung an:

- Kantonale Mitglieder des Eidgenössischen Parlaments
- Amt für Arbeit
- Zirkulationsmappe Regierungsrat
- Staatskanzlei (mit Akten OWSTK.4489)



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 74 44
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 20. Dezember 2022

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. September 2022 laden Sie uns zur Vernehmlassung zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Wir stimmen dem Abkommen vollständig zu und begrüssen dessen Ratifizierung.

Insbesondere begrüssen wir den mit dem Abkommen verbesserten Schutz der Spielenden vor den schädlichen Auswirkungen des Spielbetriebs. Eine der wichtigsten Massnahmen des Sozialschutzes ist die Spielsperre. In der Schweiz sind rund 80'000 Personen mit einer Spielsperre belegt – sei es freiwillig oder sei es von einer Spielbank angeordnet. Im Fürstentum Liechtenstein sind in den letzten Jahren mehrere Spielbanken eröffnet worden. Es liegt auf der Hand, dass Schweizer Spielerinnen und Spieler diese Casinos im Nachbarland aufsuchen. Für problematisch Spielende ist das eine gefährliche Situation, da inländische Spielsperren so leicht umgangen werden können. Gerade der Kanton St.Gallen als Grenzkanton und direkter Nachbar von Liechtenstein und den dortigen Casinos ist deshalb von dem Abkommen besonders betroffen. Die kurzen Distanzen machen eine Zusammenarbeit mit dem Fürstentum Liechtenstein für einen griffigen Schutz der Spielerinnen und Spieler unabdingbar.

Wichtig ist uns ausserdem eine möglichst einfache und kostengünstige Umsetzung des Abkommens. Richtigerweise obliegt die vorgeschlagene Umsetzung des Abkommens deshalb unmittelbar den Spielbanken und Grossspielveranstalterinnen, die heute schon die inländischen Spielsperren aussprechen. Für sie wird die Umsetzung des Datenaustausches zu Beginn zu einem überschaubaren Mehraufwand führen. Ein Datenaustausch durch die Kantone wäre hingegen deutlich aufwändiger und entsprechend abzulehnen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Im Namen der Regierung

Marc Mächler
Vizepräsident



Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
cornelia.perler@bj.admin.ch

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat

Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen

www.sh.ch

T +41 52 632 71 11

F +41 52 632 72 00

staatskanzlei@sh.ch



Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und Poli-
zeidepartment EJPD
3003 Bern

per E-Mail an:
cornelia.perler@bj.admin.ch

Schaffhausen, 13. Dezember 2022

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum
Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und
Spieler im Geldspielbereich; Vernehmlassungsverfahren**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Einladung zur Vernehmlassung vom 30. September 2022 danken wir Ihnen und nehmen
gerne wie folgt Stellung:

Mit dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum
Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im
Geldspielbereich wird die Grundlage für den grenzüberschreitenden Austausch der Daten von
gesperrten Spielerinnen und Spielern und für die gegenseitige Anerkennung dieser Spielsperren
geschaffen. Es soll verhindert werden, dass in der Schweiz gesperrte Spielerinnen und Spieler
im Fürstentum Liechtenstein weiterspielen dürfen (oder umgekehrt), womit eines der Hauptziele
des Bundesgesetzes über Geldspiele vom 29. September 2017 (Geldspielgesetz; SR 935.51)
über die Grenze hinaus umgesetzt wird, nämlich die Stärkung des Schutzes der Spielerinnen
und Spieler vor exzessivem Geldspiel.

Dass dieses Abkommen notwendig ist, ergibt sich aus dem Umstand, dass Spielerinnen und
Spieler mit problematischem Spielverhalten sich in der Regel nicht von Landesgrenzen aufhal-
ten lassen und auch aus den kurzen Distanzen zwischen den Spielbanken beider Länder: Vom
Casino in Bad Ragaz (Schweiz) zum Casino in Balzers (Liechtenstein) dauert die Autofahrt eine

knappe Viertelstunde, vom Casino in Ruggell (Liechtenstein) zum Casino in St. Gallen (Schweiz) eine halbe Stunde.

Aus datenschutzrechtlicher Sicht stellt das Abkommen eine (zweckmässige) geografische Ausdehnung des bereits im Geldspielgesetz geregelten Datenaustausches zum Schutz der Spielerinnen und Spieler dar. Die Vorlage sieht eine verhältnismässige (gegenüber dem innerstaatlichen Datenfluss beschränkte) Datenbekanntgabe ins benachbarte Ausland vor. Den Rechten der betroffenen Personen wird, soweit ersichtlich, genügend Rechnung getragen.

Vor diesem Hintergrund erachten wir das Abkommen als sinnvoll und begrüessen dieses ausdrücklich. Einzig die Löschung nicht mehr aktueller Personendaten nach Wegfall der Spielsperre müsste unseres Erachtens konkreter geregelt werden, insbesondere für den Fall, dass kein Anschluss der liechtensteinischen Veranstalterinnen und Veranstalter an das in der Schweiz betriebene Sperr-System VETO oder ein anderes IT-basiertes Register realisiert werden sollte.

Für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.



Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "C. Stamm Hurter".

Dr. Cornelia Stamm Hurter

Der Staatsschreiber:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "S. Bilger".

Dr. Stefan Bilger

Volkswirtschaftsdepartement

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 24 31
kanzlei@vd.so.ch
so.ch

Brigit Wyss
Regierungsrätin

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Direktionsbereich Öffentl. Recht
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundesrain 20
3003 Bern

27. Oktober 2022

GK 5908

Vernehmlassung zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Lichtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter, sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Lichtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich abgeben zu dürfen, bedanken wir uns.

Wir befürworten dieses Abkommen, um den Schutz der Spielerinnen und Spieler vor exzessivem Geldspiel zu stärken und haben keine Änderungen oder Ergänzungen anzubringen.

Mit freundlichen Grüssen


Brigit Wyss
Regierungsrätin



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus
3003 Bern

cornelia.perler@bj.admin.ch

Schwyz, 13. Dezember 2022

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 30. September 2022 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement den Kantonsregierungen die Unterlagen zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich zur Vernehmlassung bis 20. Januar 2022 unterbreitet.

Der Regierungsrat unterstützt den Abschluss des Abkommens. Mit dem grenzüberschreitenden Austausch von Daten können Spieler mit problematischen Spielverhalten besser geschützt werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Frau Bundesrätin, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

André Rüegsegger
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Frau Elisabeth Baume-Schneider
Bundesrätin
Bundeshaus West
3003 Bern

Frauenfeld, 16. Januar 2023

24

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich und teilen Ihnen mit, dass wir mit diesem Abkommen einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatsschreiber



Numero
6195

fr

0

Bellinzona
14 dicembre 2022

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale di giustizia e polizia
DFGP
Palazzo federale ovest
CH-3003 Berna

*Invio per posta elettronica (Word e pdf):
cornelia.perler@bj.admin.ch*

Accordo tra la Confederazione Svizzera e il Principato del Liechtenstein concernente lo scambio di dati sui giocatori oggetto di una misura di esclusione dal gioco in denaro Avvio della procedura di consultazione

Gentili signore, egregi signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera del 30 settembre 2022 in merito alla summenzionata procedura di consultazione. L'avamprogetto, unitamente al relativo rapporto esplicativo, sono stati da noi esaminati in collaborazione con i servizi di polizia interessati.

Nella fase di allestimento della risposta è stato consultato anche l'Incaricato cantonale per la protezione dei dati, che ha formulato osservazioni che divergono da quelle presentate in questo scritto. Ci permettiamo pertanto di allegare alla presente la sua presa di posizione del 26 ottobre 2022.

Ringraziamo per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio.

La procedura di consultazione riguarda il disciplinamento per il reciproco scambio dei dati di giocatori esclusi dal gioco in denaro. L'accordo obbliga sostanzialmente gli organizzatori di giochi in denaro che constatano un motivo di esclusione dal gioco, a comunicare i dati riguardanti l'esclusione agli organizzatori di giochi in denaro dell'altro Stato. Giusta l'art. 80 della Legge federale sui giochi in denaro (LGD; RS 935.51) possono pronunciare delle esclusioni dal gioco le case da gioco e gli organizzatori di giochi di grande estensione. Questa misura è emessa nei confronti di persone di cui si deve presumere che sono oberate di debiti, puntano poste sproporzionate rispetto al loro reddito o alla loro sostanza o di cui sanno che sono dipendenti dal gioco grazie a una comunicazione di un servizio specializzato.

Lo scrivente condivide di principio la proposta di accordo così come formulata, ritenendola confacente e in linea con gli obiettivi prefissati dalla legislazione federale in

RG n. 6195 del 14 dicembre 2022

materia di giochi in denaro. In particolare si saluta positivamente la volontà di rafforzare la protezione sociale oltre frontiera, mediante l'istituzione di un registro comune.

Vogliate gradire, gentili signore, egregi signori, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Claudio Zali

Il Cancelliere

Arnaldo Coduri

Allegato:

- Osservazioni del 26 ottobre 2022 dell'Incaricato cantonale della protezione dei dati

Copia a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch)
- Comando della Polizia cantonale (polizia-segr@polca.ti.ch; servizio.giuridico@polca.ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Incaricato cantonale della protezione dei dati (protezioneati@ti.ch)
- Pubblicazione in internet

“Cpv. 2: Garantiscono, in particolare, la proporzionalità, la finalità, l'esattezza e la sicurezza dei dati”.

Cpv. 3: Garantiscono la conservazione e la cancellazione dei dati conformemente al diritto interno applicabile”.

Cordiali saluti.

INCARICATO CATONALE DELLA
PROTEZIONE DEI DATI


Giordano Costa



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement (EJPD)
Bundesamt für Justiz (BJ)
Direktionsbereich Öffentliches Recht
Bundesrain 20
3003 Bern

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. September 2022 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat ist mit dem Abkommen einverstanden und begrüsst die damit verbundene Stärkung des Schutzes der Spielerinnen und Spieler vor exzessivem Geldspiel.

Auf eine einlässliche Vernehmlassung wird mangels direkter Betroffenheit verzichtet.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 28. Oktober 2022



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

A blue ink signature consisting of a stylized 'U' and 'J' followed by a horizontal line that ends in an arrowhead pointing to the right.

Urs Janett

A blue ink signature consisting of a large, sweeping 'R' followed by 'B' and 'L' in a cursive style.

Roman Balli



CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller Sutter
Cheffe du Département fédéral de justice
et police
Palais fédéral
3030 Berne

Réf. : 22_COU_5864

Lausanne, le 21 décembre 2022

Consultation fédérale – Accord entre la Confédération suisse et la Principauté de Liechtenstein sur l'échange de données concernant les joueurs frappés d'une mesure d'exclusion liée au domaine des jeux d'argent

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud a l'honneur de vous adresser sa prise de position en réponse à la consultation citée en exergue.

Evaluation générale

Sur le fond, le Gouvernement vaudois salue le projet d'accord conclu entre la Confédération suisse et la Principauté de Liechtenstein, le jugeant bien conçu et à même de contribuer à la réduction, à terme, du nombre de personnes endettées du fait de leur addiction au jeu.

Il s'agit toutefois de relever que l'effet de cet accord ne sera que marginal, concernant essentiellement un bassin de population restreint à la zone frontalière Suisse/Liechtenstein.

À ce titre, le Conseil d'Etat du Canton de Vaud encourage le Conseil fédéral à promouvoir la conclusion d'accords similaires avec d'autres pays frontaliers de la Suisse, tels que la France, dont les casinos d'Evian-les-Bains ou Divonne-les-Bains présentent un fort potentiel d'attraction pour les joueurs vaudois.

Par ailleurs, il est à craindre que les personnes exclues en Suisse et au Liechtenstein ne puissent continuer à jouer auprès d'opérateurs terrestres illégaux en Suisse et, surtout, via des sites de jeux d'argent en ligne opérant illégalement en Suisse.

À cet égard, et bien qu'il soit conscient que les serveurs fournissant des jeux en ligne sont majoritairement domiciliés à l'étranger, échappant ainsi à des poursuites pénales, le Gouvernement vaudois appelle le Conseil fédéral à renforcer et professionnaliser la lutte contre la part de ces activités illicites (terrestres ou online) qui se déroule sur territoire suisse.

Remarques détaillées

Art. 12 – Disposition transitoire

Avant que les exploitants de jeux d'argent n'informent les joueurs exclus de l'extension de cette exclusion au Liechtenstein, il conviendrait de s'assurer que la liste d'exclusion suisse soit correctement mise à jour.

Il apparaît en effet, sur la base des retours des principaux exploitants de jeux d'argent en Suisse, que cette liste, soumise à de fréquents et nombreux ajouts, comporte des données parfois très anciennes et qui ne font l'objet que de rares vérifications et corrections.

La transmission prévue dès l'entrée en vigueur de l'accord pourrait donc représenter une bonne opportunité d'effectuer un grand nettoyage des données collectées en Suisse.

Art. 14 – Entrée en vigueur

Afin d'assurer les travaux précités de mise à jour de la liste et de permettre aux opérateurs de jeux d'argent de planifier les travaux informatiques complexes que nécessite un tel échange massif de données, un calendrier indiquant la date d'entrée en vigueur de l'accord devrait leur être présenté.

En vous remerciant de l'attention que vous voudrez bien porter à nos déterminations, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER



Aurélien Buffat

Copies

- cornelia.perler@bj.admin.ch (en format word et pdf)
- OAE
- SPEI


Madame
Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral
de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Notre réf. SICT/LL

Date 21 décembre 2022

Accord entre la Confédération suisse et la Principauté de Liechtenstein sur l'échange de données concernant les joueurs frappés d'une mesure d'exclusion liée au domaine des jeux d'argent - consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Votre lettre du 30 septembre 2022 nous est bien parvenue et nous vous remercions de nous consulter sur le projet d'accord cité en titre.

Le Conseil d'Etat valaisan salue cette démarche qui permettra de contribuer à une meilleure protection des joueurs qu'ils soient exclus par les maisons de jeu ou par les exploitants de jeux de grande envergure.

Si l'accord avec le Liechtenstein va dans la bonne direction, il serait utile d'envisager des accords similaires avec les pays limitrophes, notamment avec la France et l'Italie en ce qui concerne le Canton du Valais. En effet, compte tenu de la proximité de certains casinos avec nos frontières cantonales, il serait utile que le principe de l'exclusion s'étende à ces territoires.

En outre, dans le cadre plus large de la lutte contre les jeux illégaux, il apparaît également nécessaire d'améliorer le système de blocage des sites internet de jeux d'argent étrangers, lesquels opèrent illégalement en Suisse et permettent aux personnes exclues des casinos de jouer en ligne, ce qui limite considérablement la portée de la mesure d'exclusion.

Au vu de ce qui précède, le Conseil d'Etat valaisan soutient le projet d'accord tel que présenté et suggère à la Confédération de mener des entretiens avec les autres pays limitrophes afin d'étendre ce modèle d'accord. Enfin, nous vous encourageons à limiter au maximum l'activité des plateformes de jeux en ligne basées à l'étranger, lesquelles opèrent de manière illégale en Suisse.

Nous vous remercions de l'attention portée à notre prise de position et vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

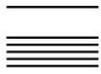
Le chancelier

Roberto Schmidt

Philipp Spörri

Copie à par courriel à comelia.perler@bj.admin.ch





Sicherheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Po-
lizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

T direkt +41 41 728 50 28
christine.gander@zg.ch
Zug, 13. Januar 2023 GANE
SD SDS 7.11 / 332

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum
Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und
Spieler im Geldspielbereich
Vernehmlassung des Kantons Zug**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 30. September 2022 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zum
oben genannten Abkommen Stellung zu nehmen.

Gerne kommen wir Ihrer Einladung nach und teilen Ihnen mit, dass wir das Abkommen begrü-
sen und einer baldigen Umsetzung desselben entgegensehen.

Freundliche Grüsse
Sicherheitsdirektion

Laura Dittli
Regierungsrätin

Kopie:
Gesundheitsdirektion (interne Post)

Bern, 20.1.2023



Per E-Mail

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

cornelia.perler@bj.admin.ch

Vernehmlassung zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wahrnehmen:

1 Grundsätzliche Bemerkungen

Die SP Schweiz unterstützt die Genehmigung dieses Abkommens vollumfänglich. Für uns war für die Unterstützung des neuen Geldspielgesetzes im Parlament und in der Volksabstimmung die Verbesserung der Prävention gegen Spielsucht¹ und somit auch eine effektive und wirkungsvolle Durchsetzung von Spielsperren gegenüber gefährdeten Spieler:innen zentral. Vor diesem Hintergrund erachtet die SP Schweiz die Einführung eines Datenaustausches zwischen den Casinos der Schweiz und des nahegelegenen Liechtensteins über gesperrte Spieler:innen² als sinnvoll und notwendig. Wichtig ist für uns dabei auch die Einhaltung von Datenschutz und Datensicherheit in Bezug auf diese Spielsperren³, was unserer Ansicht nach mit diesem Abkommen gewährleistet ist.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

¹ Vgl. Vernehmlassungsantwort SP Schweiz Geldspielgesetz, 20.8.2014, S. 2, Ziff. 2.4.

² Vgl. Erläuternder Bericht, S. 3.

³ Vgl. Art. 10 Abkommen, Erläuternder Bericht, S. 10.



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Claudio Marti
Politischer Fachsekretär



Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
CH-3003 Bern

Elektronisch an:
cornelia.perler@bj.admin.ch

Bern, 16. Januar 2023

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich

Antwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem vorliegenden Abkommen zwischen der Schweiz und Liechtenstein wird die Grundlage für den gegenseitigen Austausch der Daten von gesperrten Spielern von Geldspielen geschaffen, die einen Sperrgrund nach dem jeweiligen für sie anwendbaren nationalen Recht feststellen. Das Abkommen verpflichtet in der Folge, die Sperrdaten mit den Veranstaltern von Geldspielen in Liechtenstein resp. der Schweiz auszutauschen und somit die Spielsperren des anderen Landes anzuwenden. Die technische Umsetzung wird ihnen freigelassen.

Die SVP stimmt der Vorlage im Grundsatz zu. Sie dient der Stärkung des Schutzes der Spieler vor exzessivem Geldspiel (sog. Spielsucht) und somit der Umsetzung von Art. 106 BV.

2012 haben rund 87% der Stimmbürger einem neuen Verfassungsartikel über Geldspiele zugestimmt. Die Stimmbevölkerung wollte damit «*durch Gesetzgebung und Aufsichtsmaßnahmen einen angemessenen Schutz*» sicherstellen (vgl. Art. 106 BV). Wie der erläuternde Bericht ausführt, ist dies zwischen Liechtenstein (5 Spielbanken) und der Schweiz, d. h. in der Ostschweiz, nur bedingt möglich. Gesperrte Spieler spielen jeweils in den Spielbanken auf der anderen Seite weiter. Je nach Standort beträgt die Reisezeit zwischen den Casinos 15 bis 30 Minuten. Die SVP anerkennt den Handlungsbedarf und begrüsst insbesondere den Umstand, dass das Abkommen die technische und organisatorische Ausgestaltung den Spielbanken überlässt. Somit hat «*das vorliegende Abkommen [...] keine finanziellen oder personellen Auswirkungen auf den Bund oder die Kantone*».

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Marco Chiesa
Ständerat

Der Generalsekretär

Peter Keller
Nationalrat

Per E-Mail
Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
cornelia.perler@bj.admin.ch

Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung «Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich»

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir sind eine von mehr als 300 Fachorganisationen im Bereich Sucht und unterstützen die von unserem Fachverband Sucht verfasste Stellungnahme vorbehaltlos; siehe nachfolgenden Text.

Der Fachverband Sucht und unsere Fachstelle begrüsst das vorliegende Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein sehr und sieht einen deutlichen Mehrwert für einen effizienten Sozialschutz, wenn Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich ausgetauscht werden. Ein solches Abkommen sollte jedoch nicht nur mit dem Fürstentum Liechtenstein abgeschlossen werden, obgleich der Problemdruck dort speziell hoch ist. Auch bei anderen grenznahen Casinos (Annemasse, Blotzheim, Campione d'Italia, Konstanz, Bregenz etc.) besteht grosser und dringender Handlungsbedarf. Personen mit Geldspielsuchterkrankungen schrecken nicht vor weiten Wegen o.ä. zurück; diese werden demnach auf andere Casinos ausweichen, wenn sie etwa im Fürstentum Liechtenstein gesperrt sind. Dennoch ist das Abkommen relevant: Um einen Schritt hin zur Verstärkung des Spielendenschutzes zu machen – weil die Hemmschwelle durch Spielsperren insbesondere für lediglich problematisch Spielende heraufgesetzt wird – und auch in Hinblick auf die Beziehungen zu Liechtenstein. Auch den Fachverband Sucht erreichten viele besorgte Stimmen aus unserem Nachbarland hinsichtlich der dort agierenden Casinos.



asbm

alkohol- und
suchtberatung
bezirk meilen

Bruechstrasse 16
8706 Meilen
Telefon 044 923 05 30
info@asbm.ch
www.asbm.ch

Dass die Verantwortung und so auch die Kosten für den Aufbau einer standardisierten Schnittstelle bei den Veranstaltenden von Geldspielen liegt, heissen wir gut, jedoch fehlt uns insbesondere in Art. 4 des Abkommens die Nennung einer übergeordneten Aufsichtsbehörde (etwa die ESBK oder das BJ), welche die Veranstaltenden von Geldspielen und deren Datenaustausch der gesperrten Spielenden überwacht. Für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens und stehen für Fragen jederzeit zur Verfügung

Freundliche Grüsse

Susanne Schultz

Stellenleiterin

Dipl. Sozialarbeiterin FH

Beat Blatter

Mitglied FG Glücksspielsucht

Dipl. Sozialarbeiter FH

EJPD
Frau Cornelia Perler
3000 Bern

Datum: 17.01.2023

Stellungnahme zur Vernehmlassung 2022/16:

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler.

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne möchte ich meine Bedenken zum neuen Abkommen und der Erläuterung, insbesondere des nDSG äussern, welches per 01. September 2023 mit der Schengen Konformität in Kraft tritt, äussern.

Aus Sicht des EU-DSGVO können keine sensiblen Daten wie Spielsperren (Veto-DB) die Landesgrenzen verlassen. Diese werden innerhalb des jeweiligen Souveräns geregelt. Das Zollabkommen von 1923 ist nach dem Ermessen nach, bezüglich elektronischer sensibler Daten nicht ausreichend (ff):

- Im Detail sind freiwillig gesperrte Spieler der VETO mit einer Einwilligung für den ständigen Datenaustausch mit zu versehen.
- Faktisch erhalten diese freiwillig gesperrten das gemäss der Schengen Konformität und dem nDSG ab dem 01. September 2023 das Recht auf eine formelle Löschung, welche nicht speziell begründet werden muss. Eine Aufhebung kann somit formell unbegründet ohne die aktuellen geforderten Unterlagen (Betriebsauskunft, Lohnausweis etc.) erfolgen.

Daher schlage ich vor:

- Anpassung der Vernehmlassung auf angeordnete Spielsperren und freiwillige Sperren
- Freiwillig gesperrte Spieler (ohne finanzielle Angabe von Gründen bei der Spielsperre), sind vom automatischen Austausch der VETO-Daten auszuschliessen.
- Ein Gutachten mit dem europäischen Datenschützer sollte erstellt werden, um die Schengen Konformität zu gewährleisten.

Mit freundlichen Grüssen

Martin Bertschi

Confédération Suisse
Département Fédéral de justice et police
DFJP

Montreux, le 23 janvier 2023

◆ ◆ ◆ ◆ ◆

Objet: Prise de position relative à l'accord entre la Confédération Suisse et la Principauté de Liechtenstein sur l'échange de données concernant les joueurs frappés d'une mesure d'exclusion liée au domaine des jeux d'argent : ouverture de la procédure de consultation

Madame, Monsieur,

Suite à votre communiqué concernant notre prise de position relative à l'échange des données concernant les joueurs frappés d'une mesure d'exclusion liée au domaine des jeux d'argent, nous vous confirmons notre position en faveur de la bonne mise en œuvre de cet accord.

En effet, la protection des joueurs reste une de nos principales priorités et l'instauration d'un tel accord permettrait d'élargir le champ de protection nécessaire pour les joueurs excessifs. L'échange de données relatives aux joueurs exclus entre États étant crucial dans la mise en place de cet accord, nous vous confirmons accéder à toute demande d'échanges de données en lien avec nos joueurs exclus afin d'assurer également leur protection sur le territoire de la principauté du Liechtenstein.

Le service des Mesures sociales du Casino Barrière de Montreux reste à votre entière disposition pour tout renseignement ou information souhaitée (+41219628327 ; mesures-sociales-montreux@groupebarriere.com)

En restant à votre disposition, nous vous souhaitons une bonne réception de la présente et vous prions de recevoir, Madame, Monsieur, nos respectueuses salutations.


Jérôme COLIN
Directeur Général


Benjamin NUNEZ ZAVALA
Responsable des mesures sociales



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössische Kommission für Fragen zu Sucht und Prävention
nichtübertragbarer Krankheiten
Commission fédérale pour les questions liées aux addictions et à la
prévention des maladies non transmissibles
Commissione federale per le questioni relative alle dipendenze e alla
prevenzione delle malattie non trasmissibili
Cumissiun federala per dumondas davart la dependenza e davart la
prevenziun da malsognas betg transmissiblas

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz BJ
z.H. Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundesrain 20
3003 Bern

Ihr Zeichen:
Referenz/Aktenzeichen:
Unser Zeichen:
Bern, 01.12.2022

Stellungnahme der EKSΝ zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter

Die EKSΝ bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich. Die EKSΝ begrüsst dieses Abkommen sehr. Ein grenzüberschreitender Austausch von Daten ist wichtig für einen effizienten Sozialschutz im Geldspielbereich. Der Vorschlag zeigt, dass der Gesetzgeber dem Thema eine grosse Bedeutung einräumt.

So begrüsst die EKSΝ auch, dass ein Austausch mit weiteren Nachbarländern geprüft worden ist. Sie regt an, die Ausarbeitung von Abkommen mit den übrigen vier Nachbarländern weiterzuverfolgen und den Dialog zu suchen.

Auf die Abkommensvorlage zwischen Lichtenstein und der Schweiz bezogen, empfiehlt die EKSΝ bei Artikel 6, den Anschluss von Liechtenstein an das schweizerische elektronische System *Veto* für den Datenaustausch.

Zudem wird bei Artikel 4 nicht ausgeführt, welche Aufsichtsbehörde kontrolliert, ob der Datenaustausch funktioniert bzw. wie die Aufsichtsbehörden der jeweiligen Länder interagieren. Die EKSΝ empfiehlt diesen Artikel zu konkretisieren.

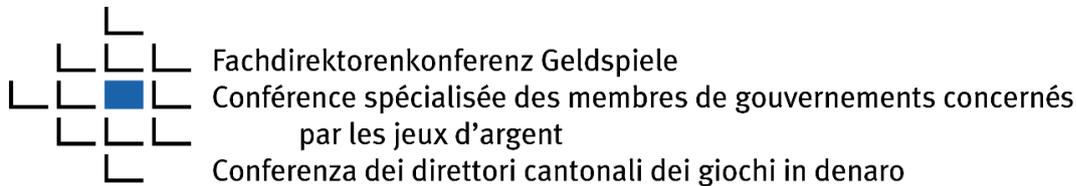
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Hinweise und Empfehlungen.

Freundliche Grüsse

Matthias Weishaupt
Präsident

Eidgenössische Kommission für Fragen zu Sucht und
Prävention nichtübertragbarer Krankheiten
Matthias Weishaupt, Präsident

Sekretariat EKSΝ:
Bundesamt für Gesundheit
Postfach, 3003 Bern
Tel. 058 463 88 24



Per Email an:
Bundesamt für Justiz
Frau Cornelia Perler
Cornelia.perler@bj.admin.ch

Bern, 18. Januar 2023

Abkommen zwischen der Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich – Vernehmlassung der Fachdirektorenkonferenz Geldspiele

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Einladung zur Vernehmlassung zum Entwurf des obgenannten Abkommens.

Der Vorstand der FDKG begrüsst das Abkommen und sieht keinen Anpassungsbedarf bei den Inhalten.

Wie bereits von der Gespa und den Grosslotterien angeregt, ist darauf zu achten, dass die Daten, welche ausgetauscht werden, den datenschutzrechtlichen Anforderungen an die Aktualität und Richtigkeit genügen. Dies könnte in den Erläuterungen zum Ausdruck gebracht werden.

Für die Berücksichtigung unseres Anliegens danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse
Fachdirektorenkonferenz Geldspiele

Andrea Bettiga
Regierungsrat, Präsident

Per E-Mail
Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
cornelia.perler@bj.admin.ch

Zürich
16.12.2022

Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung «Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich»

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Fachverband Sucht ist der Verband von mehr als 300 Fachorganisationen der Suchtprävention und Suchthilfe in der Deutschschweiz. Er setzt sich im Rahmen seiner Mitglieder für eine menschenwürdige, fachlich fundierte und in sich kohärente Suchtpolitik ein. Dafür vertritt der Fachverband Sucht die Interessen der Sucht-Fachorganisationen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit.

Der Fachverband Sucht begrüsst das vorliegende Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein sehr und sieht einen deutlichen Mehrwert für einen effizienten Sozialschutz, wenn Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich ausgetauscht werden. Ein solches Abkommen sollte jedoch nicht nur mit dem Fürstentum Liechtenstein abgeschlossen werden, obgleich der Problemdruck dort speziell hoch ist. Auch bei anderen grenznahen Casinos (Annemasse, Blotzheim, Campione d'Italia, Konstanz, Bregenz etc.) besteht grosser und dringender Handlungsbedarf. Personen mit Geldspielsüchterkrankungen schrecken nicht vor weiten Wegen o.ä. zurück; diese werden demnach auf andere Casinos ausweichen, wenn sie etwa im Fürstentum Liechtenstein gesperrt sind. Dennoch ist das Abkommen relevant: Um einen Schritt hin zur Verstärkung des Spielendenschutzes zu machen – weil die Hemmschwelle durch Spielsperren insbesondere für lediglich problematisch Spielende heraufgesetzt wird – und auch in Hinblick auf die Beziehungen zu Liechtenstein. Auch den Fachverband Sucht erreichten viele besorgte Stimmen aus unserem Nachbarland hinsichtlich der dort agierenden Casinos.

Dass die Verantwortung und so auch die Kosten für den Aufbau einer standardisierten Schnittstelle bei den Veranstaltenden von Geldspielen liegt, heissen wir gut, jedoch fehlt uns insbesondere in Art. 4 des Abkommens die Nennung einer übergeordneten



Aufsichtsbehörde (etwa die ESBK oder das BJ), welche die Veranstaltenden von Geldspielen und deren Datenaustausch der gesperrten Spielenden überwacht.

Für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens und stehen für Fragen jederzeit zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in dark red ink, appearing to read 'I. Rickenbacher'.

Iwan Rickenbacher
Präsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'J. Wenger'.

Jonas Wenger
Stellvertretender Generalsekretär

Per E-Mail
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD
cornelia.perler@bj.admin.ch

St. Gallen
22.12.2022

Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung «Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich»

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Forum Suchtmedizin Ostschweiz (FOSUMOS) hat zum Ziel, die professionelle Kompetenz der Ärzteschaft im Suchtbereich zu verbessern und eine Optimierung der Zusammenarbeit zwischen medizinischen und nichtmedizinischen Fachpersonen zu fördern. So dass Menschen mit einer Suchtproblematik eine adäquate Versorgung zur Verfügung steht.

FOSUMOS begrüsst das vorliegende Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein sehr und sieht einen deutlichen Mehrwert für einen effizienten Sozialschutz, wenn Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich ausgetauscht werden. Ein solches Abkommen sollte jedoch nicht nur mit dem Fürstentum Liechtenstein abgeschlossen werden, obgleich der Problemdruck dort speziell hoch ist. Auch bei anderen grenznahen Casinos (Annemasse, Blotzheim, Campione d'Italia, Konstanz, Bregenz etc.) besteht grosser und dringender Handlungsbedarf. Personen mit Geldspielsucherkrankungen schrecken nicht vor weiten Wegen o.ä. zurück; diese werden demnach auf andere Casinos ausweichen, wenn sie etwa im Fürstentum Liechtenstein gesperrt sind. Dennoch ist das Abkommen relevant: Um einen Schritt hin zur Verstärkung des Spielendenschutzes zu machen – weil die Hemmschwelle durch Spielsperren insbesondere für lediglich problematisch Spielende heraufgesetzt wird – und auch in Hinblick auf die Beziehungen zu Liechtenstein. Auch den Fachverband Sucht erreichten viele besorgte Stimmen aus unserem Nachbarland hinsichtlich der dort agierenden Casinos.

Dass die Verantwortung und so auch die Kosten für den Aufbau einer standardisierten Schnittstelle bei den Veranstaltenden von Geldspielen liegt, heissen wir gut, jedoch fehlt uns insbesondere in Art. 4 des Abkommens die Nennung einer übergeordneten Aufsichtsbehörde (etwa die ESBK oder das BJ), welche die Veranstaltenden von Geldspielen und deren Datenaustausch der gesperrten Spielenden überwacht.

Für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens und stehen für Fragen jederzeit zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Johanna Schönwälder
Präsidentin



Roger Mäder
Geschäftsleiter

À qui de droit

Département fédéral de justice et
police DFJP

par email

Lausanne, le 24 novembre 2022

Accord entre la Confédération suisse et la Principauté du Liechtenstein sur l'échange de données concernant les joueurs frappés d'une mesure d'exclusion liée au domaine des jeux d'argent : réponse du GREA à la procédure de consultation.

Madame, Monsieur,

Par ce courrier, le Groupement Romand d'Études des Addictions (GREA), association romande représentant les professionnels des addictions, a le plaisir de vous soumettre sa réponse à la procédure de consultation concernant l'objet cité en titre.

Remarques liminaires

De manière générale, le GREA tient à saluer la conclusion de cet accord sur l'échange de données avec la Principauté du Liechtenstein concernant les joueuses et les joueurs frappés d'une mesure d'exclusion. Il s'agit sans contexte d'une amélioration de la protection des joueuses et des joueurs dans un contexte où la problématique de l'addiction aux jeux de hasard et d'argent est en expansion.

Alors que la Suisse dispose déjà d'une des offres les plus denses en matière de jeux terrestres, la proportion importante de maisons de jeu situées aux frontières représente une difficulté supplémentaire pour les personnes vulnérables à l'addiction aux jeux de hasard et d'argent. Les maisons de jeu françaises, allemandes, italiennes ou du Liechtenstein sont en effet très faciles d'accès pour les personnes frappées d'une exclusion de jeu en Suisse. En poursuivant leur pratique de jeu dans ces casinos, ces joueuses et joueurs courent le risque de voir leur situation financière, sanitaire, professionnelle, familiale et sociale se péjorer. Rien n'est fait, pourtant, pour les protéger. En ce sens, cet accord avec le Liechtenstein représente une avancée importante dans leur protection. Le GREA espère vivement que de tels accords pourront être conclus prochainement avec les autres pays limitrophes de la Suisse, notamment la France.

Deux aspects de cet accord nous semblent cependant problématiques en vue d'une protection efficace et efficiente. Il s'agit des levées d'exclusion et de l'absence d'autorité de surveillance supérieure (art. 4 et 9).

Remarques détaillées

Les articles 4 et 9 de cet accord prévoient que les exploitants de jeux d'argent qui constatent un motif d'exclusion en vertu du droit applicable prononcent l'exclusion de jeu, la lèvent et sont responsables de l'échange de données. Selon le rapport explicatif, il est précisé qu'indépendamment de son lieu de résidence, la personne exclue de jeu devra s'adresser à l'exploitant qui a prononcé l'exclusion pour en demander la levée.

Concrètement, cela signifie que si une personne domiciliée en Suisse se voit frappée d'une mesure d'exclusion prononcée par l'une des cinq maisons de jeu sur le territoire de la Principauté du Liechtenstein, l'éventuelle procédure de levée d'exclusion devra se faire au Liechtenstein. La même situation est possible pour une personne domiciliée au Liechtenstein et frappée d'une exclusion de jeu prononcée par un casino suisse.

L'art. 81 al. 3 de la Loi fédérale sur les jeux d'argent (LJAr) prévoit qu'un spécialiste ou un service spécialisé reconnu par le canton est associé à la procédure de levée d'exclusion. Cet article ne précise malheureusement pas si le canton est celui de l'implantation de la maison de jeu ou du domicile de la personne concernée. Cette situation génère son lot de discussions entre les professionnels des addictions et la Commission fédérale des maisons de jeu (CFMJ). **Pour les professionnels des addictions, il est très clair que le service spécialisé impliqué dans la procédure de levée d'exclusion doit impérativement être celui du canton de domicile du requérant.** Cela permet de faire connaître l'offre de prévention et de traitement en matière d'addiction aux jeux de hasard et d'argent proche de la personne, de construire un éventuel réseau de soins autour d'elle et surtout de lui offrir un suivi dans sa langue, un aspect primordial dans un pays où quatre langues nationales sont parlées. À l'heure actuelle et sans précision dans la LJAr et son ordonnance, cette possibilité existe.

Avec les art. 4 et 9 de l'accord tels que formulés, cela implique que si une personne domiciliée en Suisse et frappée d'une exclusion de jeu prononcée par une maison de jeu du Liechtenstein, demande la levée de son exclusion, cette personne ne pourra pas bénéficier de la contribution d'un service spécialisé reconnu par le canton dans la procédure. Cette situation n'est pas acceptable pour les raisons suivantes :

- Elle n'est pas conforme à l'art. 81 al.3 de la LJAr ;
- Elle affaiblit la protection des joueuses et des joueurs les plus vulnérables ;
- Elle rend le travail des professionnels en prévention et traitement de l'addiction aux jeux de hasard et d'argent plus difficile.

Pour toutes ces raisons, le GREA demande que la procédure de levée d'exclusion de jeu se fasse dans le pays de domicile de la personne requérante.

Aussi, nous approuvons le fait que la responsabilité et les coûts de la mise en place d'une interface standardisée incombent aux exploitants de jeux d'argent, nous regrettons que l'art.

4 de l'accord ne mentionne pas une autorité de surveillance supérieure (par exemple la CFMJ ou l'OFJ) chargée de surveiller les exploitants de jeux d'argent et l'échanges des données.

Pour toutes les raisons mentionnées ci-dessus, nous proposons donc les modifications suivantes :

Texte actuel	Propositions du GREA
<p>Art 4 – Exclusion de jeu et échange de données</p> <p>Les exploitants de jeux d'argent qui constatent un motif d'exclusion en vertu du droit qui leur est applicable prononcent l'exclusion de jeu, la lèvent et sont responsables de l'échange de données aux termes du présent accord.</p>	<p>Art 4 – Exclusion de jeu et échange de données</p> <p>En vertu du droit qui leur est applicable, les exploitants de jeux d'argent prononcent et lèvent les exclusions de jeu. Ils sont responsables de l'échange de données aux termes du présent accord.</p> <p>La CFMJ (ou l'OFJ) exerce la surveillance de la mise en œuvre du présent accord.</p>
<p>Art 5 – Mise en œuvre de l'échange de données</p> <p>Les exploitants de jeux d'argent se communiquent sans délai les données des joueurs exclus nécessaires à la reconnaissance et à l'application de l'exclusion.</p> <p>Ils s'échangent à cet effet les indications suivantes :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Nom et prénom ; b) Date de naissance ; c) Nationalité ; d) Date d'établissement de l'exclusion <p>Dès qu'une exclusion est levée, les données de la personne concernée ne doivent plus être accessibles aux exploitants de jeux d'argent de l'autre État.</p>	<p>Art 5 – Mise en œuvre de l'échange de données</p> <p>Les exploitants de jeux d'argent se communiquent sans délai les données des joueurs exclus nécessaires à la reconnaissance et à l'application de l'exclusion.</p> <p>Ils s'échangent à cet effet les indications suivantes :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Nom et prénom ; b) Date de naissance ; c) Pays de résidence ; d) Date d'établissement de l'exclusion e) Motif de l'exclusion <p>Dès qu'une exclusion est levée, les données de la personne concernée ne doivent plus être accessibles aux exploitants de jeux d'argent de l'autre État.</p>
<p>Art 9 – Droit des joueurs</p> <p>Les joueurs exclus peuvent en particulier, en vertu du droit applicable à l'exploitant de jeux d'argent qui a prononcé l'exclusion :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Contester leur inscription au registre des personnes exclues ; b) Demander la levée de l'exclusion. 	<p>Art 9 – Droit des joueurs</p> <p>En vertu du droit qui leur est applicable, les joueurs exclus peuvent en particulier :</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Contester leur inscription au registre des personnes exclues ; b) Demander la levée de l'exclusion auprès d'un exploitant de jeux d'argent de leur pays.

Nous nous tenons volontiers à disposition pour tout complément d'informations concernant cette prise de position et vous adressons, Madame, Monsieur, nos meilleures salutations.

Contact :

Camille Robert, co-secrétaire générale

c.robert@grea.ch / 024 420 22 61

Rue St-Pierre 3, CP 6319 – 1002 Lausanne



Frau Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
Per Email an:
Frau Cornelia Perler
Bundesamt für Justiz
cornelia.perler@bj.admin.ch

Bern, 8. Dezember 2022

**Abkommen zwischen der Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein
über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im
Geldspielbereich
Vernehmlassung der interkantonalen Geldspielaufsicht Gespa**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Einladung zur Vernehmlassung und die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Die Gespa begrüsst das Abkommen und die damit verbundene internationale Koordination der Regulierung. Das Abkommen ist stringent und gibt mit Blick auf den materiellen Inhalt keinen Anlass zu Bemerkungen.

Fakt ist jedoch, dass die Bearbeitung der Daten im Schweizer Sperrregister in der Vergangenheit aus verschiedenen Gründen unzulänglich war. Es herrscht unter den involvierten Akteuren Einigkeit, dass das Register beispielsweise hinsichtlich allfälliger Doppeleinträge (z. B. im Zusammenhang mit Wohnortswechseln) oder dem Tod von registrierten Personen in der Vergangenheit nicht systematisch geprüft wurde.

Mithin genügt das Sperrregister heute den allgemeinen datenschutzrechtlichen Anforderungen bezüglich Richtigkeit und Aktualität nicht.

Wir halten es für problematisch, Daten, die aktuellen Standards nicht genügen, grenzüberschreitend zu teilen. Vor diesem Hintergrund regen wir an, dass mit geeigneten Mitteln sichergestellt wird, dass vor dem Datenaustausch und auch künftig eine Bereinigung der Daten erfolgt. Eine entsprechende Verpflichtung der Geldspielanbieter könnte beispielsweise in den Übergangsbestimmungen oder den Erläuterungen dazu vorgesehen werden.

Für die Berücksichtigung unseres Anliegens danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Interkantonale Geldspielaufsicht



Jean-Michel Cina
Präsident



Manuel Richard
Direktor

KONFERENZ DER KANTONALEN BEAUFTRAGTEN FÜR SUCHTFRAGEN (KKBS)
CONFERENCE DES DELEGUES CANTONAUX AUX PROBLEMES DES ADDICTIONS (CDCA)
CONFERENZA DEI DELEGATI CANTONALI AI PROBLEMI DI DIPENDENZA (CDCD)

Per E-Mail
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
cornelia.perler@bj.admin.ch

Bern, 23. November 2022

Stellungnahme der KKBS zum Abkommen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich Stellung nehmen zu können, danken wir Ihnen.

In Absprache mit dem Generalsekretariat der SODK stellen wir Ihnen gerne unsere Stellungnahme zu.

Die Konferenz der kantonalen Beauftragten für Suchtfragen (KKBS) begrüsst das vorgeschlagene Abkommen, um den Schutz von Spielerinnen und Spieler vor exzessivem Geldspiel zu stärken. Gerade für die Ostschweizer-Kantone ist dieses Abkommen ein wichtiger Meilenstein im Bereich des Spielerschutzes. Nebst dem gegenseitigen Austausch der Daten von gesperrten Spielerinnen und Spieler regt die KKBS auch eine weitere vertiefte grenzüberschreitende Zusammenarbeit an, z.B. im Bereich des Austauschs über Spielerschutzkonzepte, der Prävention oder der Schulung des Personals der Anbietenden, um den Schutz von Spielerinnen und Spielern aus ganzheitlicher Perspektive stärken zu können.

Die Problematik, dass gesperrte Spielerinnen und Spieler in Grenzgebieten weiterspielen, ist auch in weiteren Regionen (z.B. Basel – Mulhouse) bekannt. Die KKBS würde es sehr begrüssen, wenn auch mit weiteren Grenzgebieten/Ländern entsprechende Lösungen zum stärkeren Schutz der Spielerinnen und Spielern gefunden werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung. Für allfällige Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Joos Tarnutzer
Präsident KKBS

Kopie an: Generalsekretariat SODK

Präsidium.: Joos Tarnutzer
Suchtbeauftragter
Amt für Gesundheit BL
Bahnhofstrasse 5, Postfach
4410 Liestal
Tel. 061 552 56 06
E-Mail: joos.tarnutzer@bl.ch

Geschäftsstelle: Tanja Iff
Geschäftsstelle KKBS
c/o Bundesamt für Gesundheit
Schwarzenburgstrasse 157
3003 Bern
Tel. 058 463 88 24
E-Mail: tanja.iff@bad.admin.ch



Direction générale

Dpt fédéral de justice et police (DFJP)
Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Pâlais fédéral ouest
3003 Berne

Lausanne, le 17 novembre 2022

Procédure de consultation 2022/16

Accord entre la Confédération suisse et la Principauté de Liechtenstein sur l'échange de données concernant les joueurs frappés d'une mesure d'exclusion liée au domaine des jeux d'argent

Madame la Conseillère fédérale, Mesdames et Messieurs,

- Nous vous remercions de nous avoir invités à prendre position sur le projet d'accord entre la Principauté de Liechtenstein et la Suisse dans le cadre de la procédure de consultation. Notre prise de position comprend une appréciation générale et des remarques sur deux articles du projet d'accord.

1 Évaluation générale

La Loterie Romande salue l'accord prévu et estime que le présent projet a été conçu de manière adéquate.

L'échange de données entre la Principauté de Liechtenstein et la Suisse concernant les joueurs exclus de jeu dans le domaine des jeux d'argent n'apporte toutefois qu'une amélioration minimale de la protection des joueurs. Dans la plupart des cas, les joueurs qui sont exclus en Suisse continuent de jouer sur des sites de jeux d'argent en ligne opérant illégalement en Suisse ; dans les nombreuses salles de jeu et shops de paris ou dans les maisons de jeu situées juste derrière la frontière suisse, ainsi qu'auprès d'opérateurs de jeux d'argent terrestres illégaux en Suisse. L'échange de données avec la Principauté de Liechtenstein n'y changera pas grand-chose.

Dans ce contexte, il serait important, notamment pour la protection des joueurs, que les autorités de surveillance renforcent et professionnalisent la lutte contre l'offre illégale de jeux d'argent. Même si les serveurs sur lesquels sont exploités les jeux illégaux (terrestres ou en ligne) sont généralement domiciliés à l'étranger, de nombreuses activités liées au jeu ont lieu en Suisse et peuvent donc être poursuivies pénalement.

Société de la Loterie de la Suisse Romande

Avenue de Provence 14 • Case postale 6744 • CH-1002 Lausanne
Tél. + 41 21 348 13 13 • Fax + 41 21 348 12 80 • CCP 10-7500-4 • www.loro.ch

.../..



2 Remarques sur les différents articles

Art. 12 Disposition transitoire

La gestion des données inscrites sur la liste d'exclusion est un problème - comme la Loterie Romande a pu le constater ces trois dernières années en relation avec la liste d'exclusion suisse - qui n'a pas été résolu, du moins jusqu'à présent, de manière satisfaisante. De nouvelles personnes sont inscrites en permanence sur la liste, mais la suppression ou la mise à jour des données concernées, qui sont par nature soumises à des fluctuations considérables au fil des ans et qui sont parfois erronées, n'a lieu que dans de très rares cas.

L'information des joueurs exclus avant l'entrée en vigueur de la convention sur l'extension de l'exclusion des jeux, prévue à l'art. 12 (pour autant que l'effort soit raisonnable), pourrait à notre avis également être utilisée pour une mise à jour et un entretien des données. Nous suggérons de compléter les explications relatives à l'article 12 par une mention correspondante. Cela permettrait de tenir compte de la saisie des données dans le registre, qui peut dater de 20 ans, et d'indiquer qu'une mise à jour et un entretien des données sont souhaitables.

Art. 14 Entrée en vigueur

Un calendrier indiquant la date d'entrée en vigueur de l'accord doit être présenté aux opérateurs de jeux d'argent afin que les travaux informatiques complexes nécessaires à l'échange des données puissent être planifiés. En outre, différents documents et procédures internes doivent être adaptés pour mettre en œuvre la modification.

Madame la Conseillère fédérale, Mesdames et Messieurs, nous vous remercions de l'attention que vous porterez à nos remarques et à nos demandes.

Nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, Mesdames et Messieurs, nos salutations distinguées.



Jean-Luc Moner-Banet
Directeur général



Catherine Benani
Directrice Affaires juridiques

Koordination NAS-CPA
c/o polsan
Effingerstrasse 2
3011 Bern

031 508 36 04
mailbox@nas-cpa.ch



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD
cornelia.perler@bj.admin.ch

Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung «Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich»

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Baume-Schneider
Sehr geehrte Damen und Herren

Als suchtpolitische Informations-, Vernetzungs- und Koordinationsplattform von 27 Organisationen der Fachwelt und Zivilgesellschaft unterstützt die Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik (NAS-CPA) grundsätzlich das vorliegende Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein.

Die NAS-CPA sieht einen deutlichen Mehrwert für einen effizienten Sozialschutz, wenn Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich ausgetauscht werden. Das vorliegende Abkommen ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. NAS-CPA hofft sehr, dass demnächst auch mit den anderen an die Schweiz angrenzenden Ländern entsprechende Lösungen gefunden werden können. Die NAS-CPA befürwortet, dass die Verantwortung und so auch die Kosten für den Aufbau einer standardisierten Schnittstelle bei den Veranstaltenden von Geldspielen liegt, jedoch fehlt insbesondere in Art. 4 des Abkommens die Nennung einer übergeordneten Aufsichtsbehörde (etwa die ESBK oder das BJ), welche die Veranstaltenden von Geldspielen und deren Datenaustausch der gesperrten Spielenden überwacht. Zudem unterstützt die NAS-CPA die Forderung des GREA, dass das Verfahren zur Aufhebung einer Spielsperre in dem Land stattfinden soll, in dem die antragstellende Person ihren Wohnsitz hat.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Angelo Barrile



Präsident

Jarah Specht



Koordinatorin

Per E-Mail
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
cornelia.perler@bj.admin.ch

Bereich	Suchtberatung
Datum	17. Januar 2023
Unsere Referenz	Susanne von Streit
Telefon	071 626 02 02
E-Mail	s.vonstreit@perspektive-tg.ch
Internet	www.perspektive-tg.ch

Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung «Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich»

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Perspektive Thurgau ist eine starke Non-Profit-Organisation für Gesundheitsförderung, Prävention und Beratung. Wir sind als Gemeindeförderung organisiert und arbeiten im Auftrag des Kantons Thurgau und der 80 Gemeinden. An unseren sieben Fachstellen (Arbon, Diessenhofen, Frauenfeld, Kreuzlingen, Münchwilen, Romanshorn und Weinfelden) bieten wir neben Beratungen in den Bereichen Mütter- und Väterberatung, Paar-, Familien- und Jugendberatung auch Suchtberatung an.

Die Beratung von Menschen mit problematischem Glücksspielverhalten und deren Umfeld liegt uns am Herzen. Um unser Angebot diesbezüglich weiter zu verbessern, bieten wir im Rahmen des Projektes Glücksspielsuchtberatung Thurgau ein spezialisiertes Angebot an den Fachstellen in Kreuzlingen und Frauenfeld an.

In der Ostschweiz erleben wir häufig, dass in der Schweiz gesperrte Spielerinnen und Spieler in grenznahe Nachbarländer ausweichen und somit die Sperre als Spielendenschutz wirkungslos wird.

Die Suchtberatung der Perspektive Thurgau begrüsst daher das vorliegende Abkommen. Als Mitglied des Fachverbands Sucht (www.fachverbandsucht.ch) unterstützen wir ausserdem dessen Stellungnahme vom 16.12.2022 (Link) und erwarten weitere entsprechende Abkommen mit Nachbarländern sowie die Nennung einer übergeordneten Aufsichtsbehörde im Abkommenstext.

Für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens und stehen für Fragen jederzeit zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Urs Horisberger
Bereichsleiter Suchtberatung



Susanne von Streit
Suchtberaterin



**Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern**

Per Mail an cornelia.perler@bj.admin.ch

Bern, 20. Januar 2023

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich. Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zum oben genannten Abkommen Stellung nehmen zu können. Der Schweizer Casino Verband begrüsst das Abkommen, weil es den Schutz der Spielerinnen und Spieler vor exzessivem Geldspiel verstärkt.

Bemerkung zum erläuternden Bericht (Art. 12)

Es kann nicht jede einzelne gesperrte Person individuell darüber informiert werden, dass ihre Spielsperre neu auch in Liechtenstein gilt. Die Ausdehnung der Spielsperre betrifft über 80'000 Personen, die teilweise vor über 20 Jahren gesperrt wurden und deren Adressen nicht mehr aktuell sein dürften. Stattdessen werden die Casinos über ihre üblichen Kommunikationskanäle informieren (z.B. über ihre Webseiten). Die Information der einzelnen Personen würde zudem gar keinen Mehrwert für den Schutz der Spieler bringen. Sie sind in jedem Fall gesperrt. Bei der Ausdehnung der Spielsperren von den Casinos auf die online durchgeführten Grossspiele der Lotteriegesellschaften bei der Inkraftsetzung des neuen Geldspielgesetzes wurden die betroffenen Personen ebenfalls nicht einzeln informiert.

Freundliche Grüsse

Schweizer Casino Verband

Marc Friedrich
Geschäftsführer

Von: [Maeder Sabine](#)
An: [Perler Cornelia BJ](#)
Betreff: AW: Abkommen zwischen CH/FL über Austausch von Daten betr. gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich / Accord entre CH/FL sur l'échange de données conc. les joueurs frappés d'une mesure d'exclusion liée au domain des jeux d'argent / Accordo C
Datum: Montag, 3. Oktober 2022 11:26:56
Anlagen: [image001.png](#)
[image002.png](#)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, in eingangs erwähnter Sache Stellung nehmen zu können.

Da diese Vorlage gemäss Dossieraufteilung zwischen economiesuisse und dem Schweizerischen Arbeitgeberverband von economiesuisse bearbeitet wird, verzichten wir auf eine Stellungnahme zu dieser Vernehmlassung.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag.

Freundliche Grüsse
Sabine Maeder

Assistentin
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
Hegibachstrasse 47
Postfach
8032 Zürich
Tel. +41 44 421 17 17
Fax +41 44 421 17 18
Direktwahl: +41 44 421 17 42
maeder@arbeitgeber.ch
<http://www.arbeitgeber.ch>





Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz
Per Email
Cornelia.perler@bj.admin.ch

Bern, 16. Januar 2023 sgv-Sc

**Vernehmlassungsantwort
Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich**

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 600 000 KMU, was einem Anteil von 99,8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Der sgv unterstützt den Entwurf.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Hans-Ulrich Bigler
Direktor

Henrique Schneider
stellvertretender Direktor



Stiftung Suchthilfe

Per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizei-
departement EJPD

cornelia.perler@bj.admin.ch

St. Gallen, 10. Januar 2023

Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung «Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich»

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Stiftung Suchthilfe führt im Auftrag des Kantons und der Stadt St. Gallen sieben Fachstellen im Bereich der ambulanten Suchthilfe, ergänzt um ein stationäres Angebot.

Die Stiftung Suchthilfe begrüsst das vorliegende Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein sehr und sieht einen deutlichen Mehrwert für einen effizienten Sozialschutz, wenn Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich ausgetauscht werden. Ein solches Abkommen sollte jedoch nicht nur mit dem Fürstentum Liechtenstein abgeschlossen werden, obgleich der Problemdruck dort speziell hoch ist. Auch bei anderen grenznahen Casinos (Annemasse, Blotzheim, Campione d'Italia, Konstanz, Bregenz etc.) besteht grosser und dringender Handlungsbedarf. Personen mit Geldspielsüchterekrankungen schrecken nicht vor weiten Wegen o.ä. zurück; diese werden demnach auf andere Casinos ausweichen, wenn sie etwa im Fürstentum Liechtenstein gesperrt sind. Dennoch ist das Abkommen relevant: Um einen Schritt hin zur Verstärkung des Spielendenschutzes zu machen – weil die Hemmschwelle durch Spielsperren insbesondere für lediglich problematisch Spielende heraufgesetzt wird – und auch in Hinblick auf die Beziehungen zu Liechtenstein. Auch die Stiftung Suchthilfe erreichten viele besorgte Stimmen aus unserem Nachbarland hinsichtlich der dort agierenden Casinos.

Dass die Verantwortung und so auch die Kosten für den Aufbau einer standardisierten Schnittstelle bei den Veranstaltenden von Geldspielen liegt, heissen wir gut, jedoch fehlt uns insbesondere in Art. 4 des Abkommens die Nennung einer übergeordneten Aufsichtsbehörde (etwa die ESBK oder das BJ), welche die Veranstaltenden von Geldspielen und deren Datenaustausch der gesperrten Spielenden überwacht.

Für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens und stehen für Fragen jederzeit zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Stiftung Suchthilfe

Regine Rust
Geschäftsleiterin

Geschäftsleitung

Rorschacher Strasse 67
9000 St.Gallen

Telefon 071 244 75 38
Telefax 071 244 71 07

www.stiftung-suchthilfe.ch
regine.rust@stiftung-suchthilfe.ch



Sucht Schweiz
Av. Louis-Ruchonnet 14
1003 Lausanne

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider
Generalsekretariat GS-EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Lausanne, den 18. Januar 2023

Vernehmlassungsantwort:

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Baume-Schneider,

Besten Dank für die Einladung zur Vernehmlassung und die Zusendung der Unterlagen zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich vom 30. September 2022.

Gerne nimmt Sucht Schweiz dazu folgendermassen Stellung:

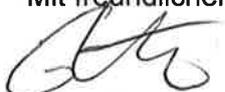
Sucht Schweiz begrüsst das Abkommen zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, das den gegenseitigen Datenaustausch betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler ermöglicht. Wir sehen hierin einen wichtigen ersten Schritt in der internationalen Zusammenarbeit zur Schadensminderung im Geldspiel.

Das Verfahren zur Aufhebung einer Spielsperre sollte in dem Land stattfinden, in dem die antragstellende Person ihren Wohnsitz hat.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass ein Austausch mit weiteren Nachbarländern geprüft wurde und hier zunächst von einem Abkommen abgesehen wurde. Dennoch hoffen wir, dass dies weiterverfolgt wird. Frankreich hat zahlreiche Casinos in der Nähe der Schweizer Grenze, Italien hat ein Casino in unmittelbarer Nähe des Kantons Tessin. Ein Abkommen mit diesen Ländern wäre daher ein wichtiger weiterer Schritt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für weitere Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Grégoire Vittoz

Direktor Sucht Schweiz

Per E-Mail
Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
cornelia.perler@bj.admin.ch

Aarau, 19. Januar 2023

Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung «Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich»

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Baume-Schneider
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Aargauische Stiftung Suchthilfe ags, kurz Suchthilfe ags, ist die Präventions- und Beratungsstelle im Suchtbereich im Kanton Aargau. Gesundheitsförderung ist Bestandteil einer ganzheitlichen Suchthilfe. Die Suchthilfe ags agiert parteipolitisch neutral, vertritt aber zu fachlich relevanten Themen ihre professionelle Meinung. Sie engagiert sich suchtpolitisch und orientiert sich an den Positionen der Fachverbände, des Kantons Aargau und des Bundesamtes für Gesundheit. Sie bezieht Erkenntnisse aus Forschung und Wissenschaft ein.

Die Suchthilfe ags begrüsst das vorliegende Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein sehr und sieht einen deutlichen Mehrwert für einen effizienten Sozialschutz, wenn Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich ausgetauscht werden. Ein solches Abkommen sollte jedoch nicht nur mit dem Fürstentum Liechtenstein abgeschlossen werden, obgleich der Problemdruck dort speziell hoch ist. Auch bei anderen grenznahen Casinos (Annemasse, Blotzheim, Campione d'Italia, Konstanz, Bregenz etc.) besteht grosser und dringender Handlungsbedarf. Personen mit Geldspielsuchterkrankungen schrecken nicht vor weiten Wegen o.ä. zurück; diese Menschen werden demnach auf andere Casinos ausweichen, wenn sie etwa im Fürstentum Liechtenstein gesperrt sind. Dennoch ist das Abkommen relevant: Um einen Schritt hin zur Verstärkung des Spieler_innenschutzes zu machen – weil die Hemmschwelle durch Spielsperren insbesondere für lediglich problematisch Spielende heraufgesetzt wird – und auch in Hinblick auf die Beziehungen zu Liechtenstein. Seitens der Suchthilfe ags nehmen wir wahr, dass erheblicher Handlungsbedarf besteht. Dass die Verantwortung und so auch die Kosten für den Aufbau einer standardisierten Schnittstelle bei den Veranstaltenden von Geldspielen liegt, heissen wir gut, jedoch fehlt uns insbesondere in Art. 4 des Abkommens die Nennung einer übergeordneten Aufsichtsbehörde (etwa die ESBK oder das BJ), welche die Veranstaltenden von Geldspielen und deren Datenaustausch der gesperrten Spielenden überwacht.

Für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens und stehen für Fragen jederzeit zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Suchthilfe ags, Geschäftsstelle

Sig. Hans Jürg Neuenschwander
Namens der Geschäftsleitung

Per Mail an
Bundesamt für Justiz
cornelia.perler@bj.admin.ch

Basel, 21. November 2022

Stellungnahme zum Entwurf des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Austausch von Daten betreffend gesperrte Spielerinnen und Spieler im Geldspielbereich

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren

Für die Einladung, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Entwurf des Abkommens zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweiz Stellung zu nehmen, danken wir Ihnen. Unsere Stellungnahme umfasst eine generelle Beurteilung und Anmerkungen zu zwei Artikeln des Abkommensentwurfs.

Generelle Beurteilung

Swisslos begrüsst das geplante Abkommen und erachtet den vorliegenden Entwurf als zweckmässig konzipiert und sorgfältig redigiert.

Mit dem Austausch von Daten betreffend im Geldspielbereich gesperrten Spielenden zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweiz wird indessen nur eine geringfügige Verbesserung der Spielerschutzes erreicht. Spielende, die in der Schweiz gesperrt werden, spielen in den allermeisten Fällen in den zahlreichen Spielhallen und Wettshops oder in Spielbanken unmittelbar hinter der Schweizer Grenze sowie auf illegal in der Schweiz operierenden Online-Geldspielseiten oder bei illegalen landbasierten Geldspielanbietern in der Schweiz weiter. Der Datenaustausch mit dem Fürstentum Liechtenstein wird daran nur wenig ändern. Etwas pointiert formuliert könnte man sagen, dass man exzessiv Spielende mit der Spielsperre ihrem Schicksal überlässt und sie sogar in die Hände illegaler, ausländischer Geldspielanbieter treibt.

Vor diesem Hintergrund wäre es vor allem auch für den Spielerschutz wichtig, dass die Aufsichtsbehörden die Bekämpfung des illegalen Geldspielangebots verstärken und professionalisieren. Auch wenn die Server, auf welchen die illegalen (landbasiert und online angebotenen) Spiele betrieben werden, in aller Regel im Ausland domiziliert sind, finden etliche mit dem Spiel verbundene Aktivitäten in der Schweiz statt und können mithin strafrechtlich verfolgt werden. Zudem zeigen jüngste journalistische Recherchen, dass auch in der Schweiz domizilierte «Hintermänner» existieren (vgl. z. B. <https://medien.srf.ch/-/-%C2%AB-der-fall-antepay%C2%BB-srf-podcast-%C3%BCber-illegales-gl%C3%BCckspiel-in-der-schweiz?redirect=https%3A%2F%2Fmedien.srf.ch%2F%2323452259>).

Das Instrument der Spielsperre hat insbesondere aufgrund des Aufkommens des Online-Geldspiels an Wirksamkeit verloren. Gerade das Online-Geldspiel ermöglicht es indessen, andere, neue Massnahmen einzusetzen, um Spielenden mit Problemen zu helfen oder solche Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen. Dies bedingt einerseits, dass das Angebot der legalen Geldspielanbieterinnen (im Vergleich zur illegalen Konkurrenz) wettbewerbsfähig ist, damit die Geldspielnachfrage im kontrollierten, sozialverträglichen Bereich befriedigt wird. Andererseits sollte der Fokus der Aufsichtsbehörden und der legalen Geldspielanbieterinnen sich insbesondere auch im Spielbankenbereich von der Spielsperre auf andere Präventionsmassnahmen verschieben.

Zu diesen Massnahmen gehören einerseits die Information der Spielenden über ihr Spielverhalten, um ihnen eine sog. «informed choice» (vgl. z. B. *Blaszczynski, A. et al, Informed Choice and Gambling: Principles for Consumer Protection, The Journal of Gambling Business and Economics (2008) 2 1, 103–118*) zu ermöglichen, sowie das Angebot von Möglichkeiten zur Kontrolle dieses Verhaltens. Andererseits umfassen sie die Überwachung des individuellen Spielverhaltens zwecks (Früh-)Entdeckung von Hinweisen auf exzessiven Spielkonsum sowie die Kontaktierung und die Vermittlung an Fachstellen sowie die Begleitung von Personen mit vermuteten Geldspielproblemen. Solche Massnahmenpakete sind wirkungsvoller als die Fokussierung auf die Spielsperre.

Anmerkungen zu einzelnen Artikeln

Art. 12 Übergangsbestimmung

Die Pflege der in der Sperrliste eingetragenen Daten ist eine – wie Swisslos in den letzten drei Jahren im Zusammenhang mit der Schweizer Sperrliste erfahren musste – zumindest bislang nur unzureichend gelöste Problemstellung. Es werden laufend neue Personen auf die Liste genommen; eine Löschung oder Pflege der betreffenden, über die Jahre naturgemäss erheblichen Fluktuationen unterliegenden sowie zum Teil auch fehlerhaft eingetragenen Daten erfolgt aber nur in sehr wenigen Fällen.

Die in Art. 12 vorgesehene Information der vor dem Inkrafttreten des Abkommens gesperrten Spielenden über die Ausdehnung der Spielsperre (soweit der Aufwand dafür zumutbar ist), könnte u. E. auch zu einer Bereinigung und Pflege der Daten genutzt werden. Wir regen an, die Erläuterungen zum Artikel 12 mit einem entsprechenden Hinweis zu ergänzen. Damit würde der bis zu 20 Jahre alten Erfassung der Daten im Register Rechnung getragen und darauf hingewiesen, dass eine Bereinigung und Pflege der Daten erwünscht ist.

Art. 14 Inkrafttreten

Den Geldspielanbieterinnen ist ein Terminplan vorzulegen, der aufzeigt, wann das Abkommen in Kraft tritt, damit die aufwändigen IT-Arbeiten zum Austausch der Daten geplant werden können.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Bemerkungen und Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

Swisslos



Dr. Roger Fasnacht
Direktor